

## Baukommission erhält Zuwachs

Seltisberger Behörde wird zögerlich wiederbesetzt

Von Daniel Wahl

**Seltisberg.** Die Bau- und Planungskommission (BPK) in Seltisberg kann nur zögerlich besetzt werden. Neben Hans Geissler, der sich im Juni dieses Jahres als Einziger zur Verfügung gestellt hat, haben sich «nach Aufrufen» im Gemeindeanzeiger mit André Bosert und Johann Riesen zwei weitere Personen dazu durchgerungen, sich aktiv in der Kommission einzubringen. An der Einwohnergemeindeversammlung vom Mittwochabend wurden die beiden neuen Kommissionsmitglieder denn auch gewählt. Damit das Fünfergremium vollständig wiederbesetzt werden kann, müssen zwei weitere Mitglieder gesucht werden.

Hintergrund der Zurückhaltung im Engagement in der BPK in Seltisberg: Die Kommission geriet in Kritik bei der Kontrolle des Eigenheim-Projekts ihres eigenen damaligen Mitglieds, Kantonsingenieur Oliver Jacobi, bei welchem auch Ruben Rosa (Bauleiter des Jacobi-Eigenheims) und Reto Kestenholz (der am Jacobi-Bau einen Auftrag ausführte) involviert waren und die Verletzung von Bauvorschriften ihres Kollegen nicht bemerkt haben wollen.

Nachdem Kritik vonseiten der Seltisberger Geschäftsprüfungskommission geäussert wurde, traten die Mitglieder der Bau- und Planungskommission geschlossen zurück. Lust, etwas Neues aufzubauen, empfand in Seltisberg letztlich keiner mehr.

In Vorahnung, dass die Sitze vakant bleiben würden, organisierte Gemeindepräsident Bernhard Zollinger temporär einen Baufachmann aus der Gemeinde Bubendorf zur Ergänzung der Ein-Mann-Baukommission mit Hans Geissler.

## Nachrichten

### Postulat für «Flat Rate Tax» angenommen

**Liestal.** Mit 51 zu 29 Stimmen hat das Kantonsparlament gestern einem Postulat des Gelterkinder FDP-Landrats Michael Herrmann zur Einführung eines proportionalen Einkommenssteuersatzes zugestimmt. Damit muss die Regierung die Möglichkeiten einer «Flat Rate Tax» für den Kanton Baselland prüfen. Die Sozialdemokraten und die Grünen hatten sich vergeblich dagegen zur Wehr gesetzt, befürchten sie doch, es gehe den Bürgerlichen dabei nur um eine Begünstigung hoher Einkommen. td

### Landrat kürzt Baukredit für Gymnasium Laufen

**Liestal.** Der Landrat hat gestern mit 80 gegen eine Stimme, bei einer Enthaltung, den Kredit für einen Neubau der Sekundarschule in Laufen bewilligt. Der vom Regierungsrat vorgeschlagene Verpflichtungskredit von 40 985 000 Franken wurde jedoch auf Antrag der Freisinnigen auf 40 Millionen Franken plafoniert. Der FDP-Antrag wurde mit 45 zu 37 Stimmen gutgeheissen. Mit 55 Nein gegen 25 Ja und bei drei Enthaltungen scheiterte dagegen ein Antrag der SVP, auf Kunst am Bau zu verzichten und dadurch 175 000 Franken zu sparen. Die SVP war der Ansicht, dass es dies in der gegenwärtigen finanziellen Situation des Kantons nicht erträgt. Gu

### Sandra Strüby im Landrat angelobt

**Liestal.** Im Kantonsparlament wurde gestern Donnerstag Sandra Strüby-Schaub aus Buckten als neue SP-Landrätin angelobt. Sandra Strüby folgt auf Jürg Degen, der am 16. Oktober seinen Rücktritt per 30. November 2016 erklärt hatte. Der 66-jährige Jürg Degen hatte dem Landrat 13 Jahre angehört. Im Jahr 2012/2013 war der ltinger höchster Baselbieter. Sandra Strüby-Schaub war die Erstrnackrückende auf der Liste 2 der SP, Juso und Gewerkschaften im Wahlkreis Sissach. Gu

# Für mehr Hochzeiten auf Wildenstein

Der Landrat fordert innovative Lösungen für Trauungen in Schlössern und Gemeindegäulen

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Im Baselbieter Landrat waren gestern in Liestal die Meinungen gemacht: Ziviltrauungen auf Schloss Wildenstein sollen auch an Freitagen und Samstagen wieder möglich werden.

Der Landrat hat gestern gegen den Willen der Regierung darauf beharrt, dass diese innovative Lösungen für Ziviltrauungen in Schlössern und in Gemeinde-Trausälen suchen muss. Mit 67 zu 10 Stimmen beschloss der Rat, ein zuvor überwiesenes Postulat von Andrea Kaufmann (FDP) nicht abzuschreiben.

### Der Amtsschimmel wiehert

Regierungsrat Isaac Reber musste sich ziemlich geharnischte Kritik an der in seiner Direktion ausgearbeiteten regierungsrätlichen Antwort gefallen lassen. Andrea Kaufmann sagte, es wäre ehrlicher gewesen, gleich zu sagen, man wolle dies nicht. Die ausgeführte negative Antwort zu ihrem Begehren sei «sehr engstirnig». Parteikollege Rolf Richterich meinte gar: «Da wiehert der Amtsschimmel im Quadrat.» Die Regierung führte in ihrer schriftlichen Antwort aus, sie habe das Begehren bereits geprüft und als nicht realisierbar erachtet. Das Bundesrecht erlaube es nicht,



Romantisch auf Schloss Wildenstein heiraten. Dem Landrat genügen die eingeschränkten Trauungsmöglichkeiten in Schlössern nicht. Foto Mischa Christen

kostendeckende Lösungen dafür zu finden. Traupaare seien frei, für das Fest Räumlichkeiten in Baselbieter Schlössern zu mieten. Regierungsrat Reber führte im Saal mündlich aus, es sei nicht Aufgabe des Kantons, als Eventmanager aktiv zu werden. «Das ist nicht unsere Rolle.» Der Staat sei bei Trauungen nicht dazu da, für Leute, die nicht in der Kirche heiraten wollten, Ersatzlösun-

gen anzubieten. Sparmassnahmen seien vertretbar und gerechtfertigt.

Im Rat war die Mehrheit anderer Ansicht. Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) forderte dazu auf, am Begehren festzuhalten: «Wir brauchen etwas mehr Romantiker.» Sara Fritz (EVP) wies «die Schutzbehauptungen» der Regierung zurück und forderte die Exekutive auf, etwas kreativer zu sein.

# Kanton bezahlt jetzt das Hebammen-Wartegeld

Die SVP versuchte erfolglos, die Last weiterhin den Gemeinden aufzubürden

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Die ambulant tätigen Baselbieter Hebammen erhalten weiterhin für Hausgeburten und Wochenbettbetreuungen Inkonvenienzentschädigungen. Das sogenannte «Wartegeld» wird in der bisherigen Höhe beibehalten, nämlich 650 Franken pro Hausgeburt und 325 Franken für die Wochenbettbetreuung, und vom Kanton bezahlt. Der Landrat hat gestern die entsprechende Revision des Gesundheitsgesetzes mit 78 zu zwei Stimmen, bei zwei Enthaltungen, verabschiedet. Weil das Vierfünftelmehr damit überschritten wurde, kommt es kaum zu einer Volksabstimmung. Die Regelung gilt rückwirkend auf den 1. Januar 2016.

Der Kanton hatte im Jahr 2009 das Wartegeld für Hebammen abgeschafft. Dies allerdings in der Meinung, dass künftig die Krankenkassen die entsprechenden Kosten übernehmen sollten.



### Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Ein diesbezüglicher Vertrag zwischen Krankenkassen und Hebammen kam jedoch nicht zustande. Und eine Übergangslösung, gemäss welcher die Gemeinden den Hebammen den Beitrag noch während fünf Jahren ausrichteten, lief Ende 2015 aus. Mit einer Motion wollte Landrätin Marie-Theres

Beeler (Grüne) weiterhin eine faire Entschädigung der ambulant tätigen Hebammen sicherstellen und regte eine entsprechende Revision des Gesundheitsgesetzes an.

### SVP-Antrag gescheitert

Namens der SVP-Fraktion stellte die Binninger Landrätin Beatrix Bürgin den Antrag, die Kosten für das Wartegeld weiterhin den Gemeinden zu belasten. Damit fand sie jedoch bei den anderen Fraktionen kein Gehör. SP und Grüne bekämpften den Antrag vehement. «Der Kanton wird bei Hausgeburten finanziell entlastet, also soll er die Inkonvenienzentschädigungen für Hebammen tragen», sagte Motionärin Marie-Theres Beeler.

## Ungewöhnlicher Streit um die Parkplatzquote

Links-Grün will mehr Gemeindeautonomie, die Bürgerlichen wollen genügend Parkfläche

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Lang geriet die Debatte gestern im Landrat bei der ersten Lesung um die richtige Zahl von Parkplätzen, die im Baselbiet pro Wohneinheit erstellt werden müssen. Derzeit sind es 1,3, einer für die Bewohner und 0,3 für die Besucher. Lotti Stokar (Grüne) wollte per Motion, dass die Gemeinden aufgrund lokal unterschiedlicher Situationen von dieser strikten Regelung abweichen können. Mit anderen Worten: Die Zahl der Mindestparkplätze soll auf Gemeindeebene festgelegt werden können.

Die Regierung hat darauf eine Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes ausgearbeitet, lehnt diese

aber gleichzeitig ab. Stattdessen schlägt sie eine Änderung der Verordnung vor. Diese würde den Gemeinden im Rahmen von Quartierplänen und bei Vorlage eines Gutachtens eine tiefere Mindestzahl an Abstellplätzen ermöglichen.

### Vertauschte Rollen

Die Diskussion verlief dann insofern etwas überraschend, als sich Grüne und SP dezidiert gegen den Zentralismus aussprachen und sich für die Gemeindeautonomie sowie eine möglichst liberale Lösung einsetzten. Derweil die Bürgerlichen von SVP und FDP eigentlich den Status Quo mit generell 1,3 Parkplätzen favorisierten und sich plötzlich

auf der zentralistischen Seite fanden. Grund dafür war, dass es den Bürgerlichen dabei primär um genügend Abstellplätze ging; denn sie befürchteten, die Gemeinden könnten Investoren, die sich die teuren Parkplätze sparen wollen, zu stark entgegenkommen. Das Bekenntnis von Links-Grün zu Gemeindeautonomie und Liberalismus hielten sie für eine verdeckte Verbannung des Privatverkehrs.

Der Vorschlag der Regierung wurde gestern «als Spatz in der Hand» bezeichnet. Er kommt aber möglicherweise in der zweiten Lesung durch. Eine neue Motion, die mehr Kompetenzen für die Gemeinden fordert, ist aber bereits unterwegs.

## Der Landrat will beim E-Voting vorwärts machen

Vorstoss für eine beschleunigte Einführung der elektronischen Stimmabgabe überwiesen

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Der Baselbieter Landrat will das E-Voting für Volksabstimmungen möglichst rasch einführen. Er hat gestern ein Postulat von Klaus Kirchmayr (Grüne) gegen den Willen der Regierung mit 48 zu 22 Stimmen überwiesen. Vergeblich hatte die Regierung argumentiert, sie wolle im nächsten Jahr ein Vorprojekt für 50 000 Franken umsetzen, das die gestellten Fragen beantwortet.

Kirchmayr verteidigte seinen Vorstoss, der die Prüfung einer beschleunigten Einführung des E-Votings verlangt: «Wir dürfen den Druck jetzt nicht wegnehmen.» Kirchmayr hatte zuvor

ein engagiertes Votum über die Vorteile der direkten Demokratie gehalten, die mit Blick auf die Entwicklungen anderswo besonders wertvoll sei. Nachdem die Sicherheitsfrage des E-Votings geklärt sei und der Bund für dessen Einführung eintrete, sei es «extrem wichtig, dass die direkte Demokratie up to date gehalten wird».

Aus dem Rat kamen gestern nur positive Stimmen zum E-Voting. Die Gegner aus den Reihen der CVP, der FDP und Teilen der SP begründeten ihr Nein zu dem Vorstoss mit dem Umstand, dass es unnötig sei, auf einen Prozess Einfluss zu nehmen, der, wie die Regierung glaubhaft belegt, ohnehin bereits im Gang sei.

Die Baselbieter Stimmberechtigten haben im Juni 2015 die Grundlage dafür geschaffen, dass die elektronische Stimmabgabe eingeführt werden kann, wenn die technischen und sicherheitsmässigen Voraussetzungen gegeben sind. Der Ja-Stimmenanteil betrug damals hohe 68,85 Prozent. Regierungsrat Isaac Reber war sich schon damals sicher, dass das E-Voting rasch eingeführt wird. Letzten September forderte nun Bundeskanzler Walter Thurnheer die Kantone dazu auf, eine Absichtserklärung zu unterzeichnen. Der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz verfolgt das Ziel, dass zwei Drittel der Kantone das E-Voting bis Ende 2019 eingeführt haben.

Andrea Heger (EVP) erklärte, auch wenn nicht höhere Gebühren anfielen, profitiere der Kanton von zusätzlichen Einnahmen, denn Hochzeitsgesellschaften würden auch konsumieren.

### Dienstleistungen abgebaut

Rolf Richterich (FDP) erklärte, die Zentralisierungen, die der Kanton für seine Amtshandlungen beschlossen habe, seien ein Fehler gewesen. Die vor der Volksabstimmung der Bevölkerung versprochenen Einsparungen seien nicht realisiert. «Nur eines wurde realisiert: Die Dienstleistungen wurden massiv abgebaut.» Hanspeter Weibel (SVP) meinte, es gehe bei dem Anliegen um geringe Kosten. Dem Rat empfahl er zu sparen, wenn es um grosse Beiträge gehe. Er staune, wie über solche Gebühren debattiert werde, gleichzeitig aber Projekte, die Millionen kosten, einfach durchgewinkt würden.

Zu Hilfe eilte dem gebeutelten Regierungsrat Isaac Reber einzig Reto Tschudin (SVP), der als Leiter des Betriebs- und Konkursamtes offensichtlich den bürokratischen Ausführungen der Regierung Glauben schenkte. Tschudin sagte, er habe den Vorstoss zwar mit Überzeugung mitunterzeichnet, sehe aber ein, dass sich das Begehren nicht umsetzen lasse.

Aber nicht einmal in der SVP-Fraktion herrschte Einigkeit. Peter Riebli, SVP-Landrat und Gemeindepräsident von Buckten, sprach sich dezidiert gegen die Belastung der Gemeinden aus. Der Kanton habe es in acht Jahren nicht geschafft, ein Tarifabkommen zustande zu bringen. Es könne daher nicht sein, dass die Gemeinden dafür die Zeche bezahlen müssten. «Nur wenn der Kanton bezahlen muss, gerät er unter den notwendigen Verhandlungsdruck. Mit 62 zu 19 Stimmen, bei einer Enthaltung, scheiterte der Antrag deutlich.

Der Regierungsrat wollte ursprünglich das Wartegeld auf 400 beziehungsweise 200 Franken kürzen, scheiterte damit aber schon in der Kommissionsberatung.

## Online-Angebot ausgebaut

E-Governance erweitert

Von Markus Vogt

**Liestal.** Seit 2002 können im Kanton Baselland Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen auf elektronischem Weg eingeholt werden – diese sogenannte E-Governance-Anwendung wurde nun umfassend überarbeitet und erweitert. Dies teilt die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) mit.

Neben technischen Neuerungen sei der weitere Ausbau des Kundennutzens im Vordergrund gestanden. Systemprozesse seien optimiert und das Online-Bewilligungsverfahren vereinfacht worden. Das neue Online-System stehe ab sofort zur Verfügung.

Um im Wettbewerb bestehen zu können, sei die Wirtschaft auf schlanke und effiziente Verwaltungsdienstleistungen angewiesen, begründet die VGD die Neuerungen. Mit dem Online-Tool des Kantonalen Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Kiga) können Unternehmen die Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen für ihre Mitarbeitenden rasch und bequem via Internet einholen. Die Online-Anwendung unterstütze die Kundschaft aktiv und schaffe Transparenz im Verfahren.

Indem man die Online-Anwendung konsequent auf den Kundennutzen ausrichte, leiste man auch einen Beitrag dazu, dass der Standort Baselland für Unternehmen attraktiv sei und bleibe. Geplant ist bereits ein nächster Schritt: Die systemtechnische Erweiterung soll es in Zukunft ermöglichen, auch Anträge an das Amt für Migration online einzureichen.